



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2014
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 05.11.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. . Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. . Bericht aus dem Integrationsrat
6. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber
7. . Anfrage der AfD-Fraktion an die Verwaltung des Jobcenters Hagen
Anlage
Vorlage: 0936/2014
8. . Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz
Vorlage: 0807/2014
9. . Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales
Zweite Lesung
Vorlage: 0453/2014
10. . Jahresberichte der Verbände 2013
Zweite Lesung
Vorlage: 0675/2014
11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Frau Kaufmann begrüßt die Ausschussmitglieder und erklärt, dass in der heutigen Sitzung sowohl der Vorsitzende Herr Hentschel als auch seine Vertreterin Frau Cramer verhindert seien. Aus diesem Grund sei gemäß der Geschäftsordnung des Rates unter Leitung des ältesten SOA-Mitgliedes ein/e Vorsitzende/r zu wählen. Frau Fischbach habe sich bereit erklärt, den Vorsitz für diese Sitzung zu übernehmen.

Die Ausschussmitglieder stimmen über die Wahl von Frau Fischbach ab.

Beschluss:

Aufgrund der gleichzeitigen Verhinderung des Vorsitzenden des Sozialausschusses Herrn Hentschel und seiner Vertreterin Frau Cramer wird Frau Hannelore Fischbach vom Sozialausschuss als Vorsitzende gewählt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	3		1
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
AfD	1		

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

Frau Kaufmann bedankt sich bei Frau Fischbach für die Bereitschaft, diese Aufgabe so kurzfristig zu übernehmen.



Frau Fischbach stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

Weiterhin verpflichtet sie Herrn Friedrich Jäger, der als stellvertretendes Mitglied zum ersten Mal im Sozialausschuss vertreten ist.

2. . **Mitteilungen**

Frau Timm-Bergs wirbt für eine Veranstaltung der SPD-Fraktion mit dem Titel „Eine Gesellschaft für alle-NRW inklusiv- hin, die am 18.11.2014 um 19.00 Uhr im Helmut-Turck-Zentrum in Hefle stattfindet.

3. . **Bericht aus dem Behindertenbeirat**

Herr Wirth berichtet aus dem Behindertenbeirat.

4. . **Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Er bittet, die Liste der Themen, die der Seniorenbeirat in der Vergangenheit abgearbeitet habe, dem Protokoll beizufügen (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Der Seniorenbeirat tagt nur vier Mal im Jahr. Das sei sehr wenig. Die nächste Sitzung des Seniorenbeirates finde erst im Mai des nächsten Jahres statt. Im Moment stünden viele dringende Themen an. Man hätte sich gewünscht, dass in diesem Jahr noch eine Sitzung stattfindet.

Herr Goldbach stellt fest, dass der Seniorenbeirat sich einerseits wünsche, eine Sitzung mehr im Jahr zu haben und weiterhin gern in diesem Jahr gern noch einmal tagen würde. Er schlägt vor, diese Anliegen mit der Vorsitzenden Frau Sauerwein zu besprechen.



5. . Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

6. . Sachstand Zuweisung Asylbewerber

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann sagt ein paar einleitende Worte.

Der folgende Bericht werde in zwei Bereiche aufgegliedert.

Der erste Themenbereich zur aktuellen Situation der Asylantragssteller in Hagen werde von Herrn Gierke vorgetragen. Anschließend werde Herr Goldbach in einem zweiten Schritt den „lokalen Aktionsplan Zuwanderung“ vorstellen. Sie berichtet von mehreren Anfragen verschiedener Fraktionen zu dem Thema. Man habe vor, die Stellungnahmen dazu in der nächsten Woche im Rat vorzustellen.

Zu dem „lokalen Aktionsplan Zuwanderung“ solle ein Runder Tisch eingerichtet werden. Sie bitte die Fraktionen, jeweils einen Vertreter für diesen Runden Tisch zu benennen. Die erste Sitzung solle am 01. Dezember um 15.30 Uhr stattfinden. Sie sei dankbar, wenn diesem Vorhaben so zugestimmt würde. Man wolle den Sozialausschuss als Gremium nutzen, um regelmäßig über die Ergebnisse zu diesem Thema zu informieren. Die Verwaltung stehe den Fraktionen gern zu weiterführenden Gesprächen zur Verfügung.

Frau Timm-Bergs erklärt, sie habe in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses den Eindruck gehabt, als ob es den Runden Tisch bereits gebe. Sie sei sehr erstaunt darüber gewesen, dass man als SPD-Fraktion keine Kenntnis davon gehabt habe.

Sie sei erleichtert zu hören, dass die Politik beteiligt würde. Sie halte es für sehr wichtig, diesen Arbeitskreis im Sozialausschuss anzudocken.

Frau Kaufmann betont, dass es der Verwaltung selbstverständlich ein Anliegen sei, die Politik bei diesem Thema miteinzubinden.

Herr Goldbach berichtet, dass er vor einigen Wochen die verantwortlichen Bereichsleiter der Wohlfahrtsverbände eingeladen habe. Man habe sich zum Thema Zuwanderung EU Südosteuropa ausgetauscht. Man habe vereinbart, dazu einen größeren Runden Tisch zu machen. Das habe eine starke Schnittmenge, sei vom Schwerpunkt her aber etwas anderes. Es sei ursprünglich als Bildung eines Netzwerkes in diesem Bereich geplant gewesen. Man habe das nun gedanklich weiterentwickelt. Er werde das in seinem Vortrag vorstellen.



Herr Gierke berichtet über die aktuelle Situation der Asylbewerber
(siehe Anlage 1 zu TOP 6).

Herr Goldbach stellt den „lokalen Aktionsplan Zuwanderung“ vor
(siehe Anlage 2 zu TOP 6).

Frau Kaufmann ergänzt, dass man innerhalb der Verwaltung eine Art Task Force einrichten wolle, was die Organisation der Unterbringung angehe. Ein anderes Thema liege ihr noch am Herzen. Das eine sei die Möglichkeit, ein spieltherapeutisches Angebot für die vielen Kinder zu machen. Das sei mit der Unterstützung der WP und WR vielleicht möglich, die gespendeten Gelder für einen solchen Zweck einzusetzen. Sie halte das für eine gute und sinnvolle Sache, etwas Gutes für die Kinder zu tun. Das andere Anliegen sei die Frage, welche Möglichkeiten man für eine religiöse Betreuung der Menschen schaffen könne. In diesem Zusammenhang werde man auch mit den Kirchen Kontakt aufnehmen.

Frau Timm-Bergs bedankt sich bei der Verwaltung für den guten Vortrag. Ihre Fraktion mache sich Sorgen darüber, ob die Objektbetreuer überhaupt das Recht hätten, bei gewaltsamen Auseinandersetzungen einzugreifen. Laufe man nicht Gefahr, diese zu überfordern? Es stelle sich die Frage, ob man nicht eher einen anderen Weg gehen sollte. Es sei angeregt worden, im sozialpädagogischen Bereich mehr Personal für die soziale Betreuung dieser Menschen einzustellen. Wieviel Stellen benötige die Verwaltung für diese Aufgabe? Weiterhin halte sie ein arbeitsmarktpolitisches Projekt bezüglich unterschwelliger Betreuung für sinnvoll, das zum Beispiel Begleitung der Betroffenen zu den Ärzten, Ämtern oder Einkäufen beinhalte.

Frau Kaufmann berichtet, dass man das Thema „Schulung der Objektbetreuer“ vorbereitet habe. Das beinhalte interkulturelle Schulung zum einen und Deeskalationstraining zum anderen.

Herr Gierke beschreibt den Inhalt der Schulung.

Zu dem zweiten Teil der Frage von Frau Timm-Bergs führt Frau Kaufmann aus, dass man für den kommenden Verwaltungsvorstand eine Vorlage erarbeiten wolle, auf deren Grundlage man die möglichen Stellenumfänge diskutieren könne. Dem Rat werde dann die endgültige Fassung vorgelegt.

Frau Öz berichtet, dass Herr Beuth und sie in der letzten Woche eine Unterkunft am Loxbaum besucht hätten. Sie habe sich vor dieser Sitzung selbst ein Bild von der Situation machen und mit den Flüchtlingen und dem Hausmeister sprechen wollen. Das Gespräch mit dem Hausmeister habe zahlreiche Konflikte offengelegt. Es sei deutlich geworden, dass dringender Bedarf an Aufsichtspersonal bestehe.

Sie schildert ihre Eindrücke. Sie weist auf die Probleme einer Familie hin, die mit einem behinderten Kind im ersten Obergeschoss wohnten.



Herr Gierke nimmt zu den Ausführungen Stellung und verspricht, sich um das konkrete Anliegen der Familie zu kümmern.

Frau Jochheim möchte wissen, ob es bereits eine zentrale Stelle gebe, die das Ehrenamt koordiniere und an die sich Freiwillige Helfer wenden könnten.

Herr Gierke erklärt, dass es eine solche Stelle noch nicht gebe. Es gebe erste Ansätze hierzu. Ansprechpartner sei aktuell die Diakonie. Für die bessere Erreichbarkeit sei eine E-Mail-Adresse veröffentlicht worden. Man sei sich klar darüber, dass man in dem Bereich noch deutlich nachbessern müsse. Man gehe davon aus, dass erst im Frühjahr des nächsten Jahres Mittel dafür bereitstehen würden.

Herr Goldbach beschreibt die Überlegungen zu dem Einsatz eines privaten Wachdienstes. Man habe sich erst einmal anders verabredet. Man betrachte die Schulungen und Verstärkungen zunächst als Erprobung.

7. . Anfrage der AfD-Fraktion an die Verwaltung des Jobcenters Hagen
Anlage
Vorlage: 0936/2014

Herr Goege bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Die Antwort zu Frage 2 falle seines Erachtens sehr kurz aus. Er beschreibt die Probleme, die in diesem Zusammenhang auftreten können.

Herr Fiedler nimmt dazu Stellung.

8. . Berufung von Mitgliedern des Sozialausschusses in die Hagener Gesundheitskonferenz
Vorlage: 0807/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Matzke erläutert die Vorlage.

Frau Fischbach weist auf die ausgelegte Tischvorlage mit den vorgeschlagenen Mitgliedern der Fraktionen aus dem Kreis des Sozialausschusses hin. Als Vertreterin für die CDU-Fraktion sei noch Frau Nehle Keweloh nachzutragen.



Die erste Sitzung der Gesundheitskonferenz werde am 28. Januar 2015 stattfinden.

Frau Fischbach lässt über den Beschlussvorschlag in Form der Tischvorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Nach § 24 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst vom 25. November 1997, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. April 2013 (GV. NRW.S. 202), in Kraft getreten am 14. Mai 2013 (GV. NRW. S. 572, GV. NW.S. 430), gehören der Kommunalen Gesundheitskonferenz Mitglieder des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates an.

2. Der Rat wählt für die laufende Wahlzeit zu Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Sinne von Punkt 1:

Mitglieder	Ratsfraktion	Stellvertreter/in	Ratsfraktion
Meier, Jörg	SPD-Fraktion	Stricker, Günter	SPD-Fraktion
Keweloh, Nehle	CDU-Fraktion	Cramer, Marianne	CDU-Fraktion
Sauerwein, Ruth	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Beuth, Oliver	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Müller, Klemens	Fraktion Hagen Aktiv	Jochheim, Sabine	Fraktion Hagen Aktiv
Vesper, Jan	FDP-Fraktion	Helling-Plahr, Katrin	FDP-Fraktion
Hentschel, Ingo	Fraktion Die Linke	Sondermeyer, Ralf	Fraktion Die Linke
Radke, Lisa Kristin	Fraktion AfD	Goege, Martin	Fraktion AfD

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	5		
CDU	4		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
Die Linke	1		
AfD	1		

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 15
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0



9. Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales
Zweite Lesung
Vorlage: 0453/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass man den Bericht in der heutigen Sitzung in zweiter Lesung berate.

Herr Goldbach, Herr Dr. Brauers und Frau Kaufmann beantworten Fragen zum Geschäftsbericht von Frau Timm-Bergs und Herrn Beuth.

Beschluss:

Der Geschäftsbericht 2013 des Fachbereichs Jugend und Soziales wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

☒ Zur Kenntnis genommen

10. . Jahresberichte der Verbände 2013
Zweite Lesung
Vorlage: 0675/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann weist darauf hin, dass man auch diesen Bericht in der heutigen Sitzung in zweiter Lesung berate.

Herr Goldbach beschreibt die Entwicklung dieses Berichtes.
An dieser Stelle könne aus dem Kreis des Ausschusses der Wunsch geäußert werde, ein im Bericht beschriebenes Arbeitsgebiet in einer der nächsten Sitzungen näher vorgestellt zu bekommen.

Frau Fischbach stellt fest, dass es keine weiteren Fragen zu dem Bericht gibt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände für 2013 zur Kenntnis.



Abstimmungsergebnis:

☒ Zur Kenntnis genommen

11. . Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Öz nimmt Bezug auf die Salafisten-Szene in Hagen und stellt dazu die folgenden Fragen:

„Hilfe, mein Sohn wird Salafist“

Bundesweit steigt die Zahl der Jugendlichen, die sich der Salafisten-Szene anschließen. Bündnis 90/Die Grünen möchten wissen, wie sich die Stadt Hagen auf diese Entwicklung vorbereitet.

Wie verläuft die Entwicklung in Hagen? Hat die Salafisten-Szene Zulauf bekommen?

Gibt es Ansprechpartner für Eltern, die Anzeichen dafür sehen, dass ihre Kinder in die Szene abzugleiten drohen? Bzw. für Jugendliche, die aus der Szene aussteigen wollen?

Gibt es eine Zusammenarbeit mit muslimischen Vereinen in dieser Frage?

Sind die Jucops auf diese Problematik eingestellt?

Rolle Integrationsbüro? Jucops?

Herr Goldbach erklärt, dass er nicht alle Frage beantworten könne und daher vorschlage, diese schriftlich zu beantworten und dieses Thema in der nächsten Sitzung als eigenen Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Bis vor kurzem hätte er noch gesagt, dass es in Hagen keine Salafisten gebe. Diese Aussage stimme seit einiger Zeit nicht mehr. Aktivitäten von Salafisten in Hagen gebe es mittlerweile. In Hagen beim Jugendamt gebe es noch keine Beratungsinstanz, weil das Problem noch nicht aufgeschlagen sei. Eine solche Beratung gebe es auf Landesebene. Die Kompetenzen würden in Hagen an der Stelle beim Kommunalen Integrationszentrum gebündelt.

Herr Beuth nimmt Bezug auf das Haus in der Berliner Straße, in dem Enervie Strom und Wasser abgestellt habe. Bestehe die Möglichkeit, dass die Stadt das Problem direkt mit dem Energieversorger löse, um Wohnungsnotfälle zu vermeiden.



Herr Goldbach berichtet, dass es eine Stelle beim Fachbereich gebe, die die Aufgabe habe, Wohnungsnotfälle durch Darlehen zu vermeiden. Das sei in jedem Fall gegeben, wenn auch Kinder davon betroffen seien. Auf der anderen Seite solle sich ein kommunaler Energieversorger auch nicht darauf verlassen, dass die Stadt Ausfallbürge für Forderungen sei, die die Energie an private Hausvermieter habe.

Herr Fiedler weist darauf hin, dass die Möglichkeit bestünde, dass die Mieter mit dem Gläubiger entsprechende Vereinbarungen träfen.

Herr Beuth fragt, wenn die nächste Beiratssitzung des Jobcenters stattfinde.

Anmerkung der Schriftführerin:

Nach Auskunft des Jobcenters war die Sitzung eigentlich für den 18. November 2014 terminiert, wurde aber aus verschiedenen Gründen auf das erste Quartal in 2015 verschoben. Ein genauer Termin stehe noch nicht fest.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.45 Uhr

gez. Hannelore Fischbach
Vorsitzende

gez. Sabine Hoglebe
Schriftführerin